

Ein Solidaritätsbatzen von Vermögenden

Die Corona-Solidaritätsinitiative will, dass Vermögende mehr Steuern bezahlen. So sollen Folgekosten der Pandemie bezahlt werden. Mit den geforderten Sätzen würde ein Volksentscheid von diesem Februar rückgängig gemacht. Wir beantworten die wichtigsten Fragen.

Dario Muffler

1 Was will die kantonale Volksinitiative?
Die Volksinitiative «Corona-Solidaritätsbeitrag von Vermögenden während 5 Jahren» verlangt, dass Steuerpflichtige im Kanton Schaffhausen mit einem steuerbaren Vermögen von mehr als zwei Millionen Franken während fünf Jahren mehr Vermögenssteuern bezahlen. Vorgesehen ist ein Zuschlag von 0,3 Promille für die Jahre 2023 bis 2027.

2 Wie viel Geld würde der Kanton zusätzlich einnehmen?
Der Kanton würde mit der Annahme der Initiative jährlich 3,3 Millionen Franken mehr einnehmen, die Gemeinden zusätzlich 3,2 Millionen Franken. Nach fünf Jahren fällt dieser Betrag aber nicht gänzlich weg. Der Kanton würde nach wie vor über 2 Millionen Franken mehr Vermögenssteuern einnehmen als heute.

3 Wieso wird nach fünf Jahren nicht alles so wie vorher?
Die Initiative wurde Mitte 2021 mit 1001 gültigen Unterschriften eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt galten im Kanton tiefere Vermögenssteuersätze als heute. In der Abstimmung vom 13. Februar sagte das Stimmvolk Ja zu einer Glättung der Vermögenssteuersätze für Steuerpflichtige mit bis zu einem steuerbaren Vermögen von 1,75 Millionen Franken. Bis im Februar galt für die ersten 200 000 Franken Vermögen ein Steuersatz von 1 Promille. Neu gilt für die ersten 350 000 Franken ein Tarif von 0,9 Promille. Weiter geht es mit 1,9 Promille für die weiteren 400 000 Franken und 2,95 Promille für die weiteren 1 Million Franken. Für Vermögen über 1,75 Millionen Franken beträgt der Steuersatz einheitlich 2,3 Promille. Bislang wurde dieser einheitliche Satz bei einem Vermögen von 1 Million Franken erhoben.

4 Wen betrifft die Initiative nun also und wie stark?
Betroffen sind nicht nur Personen mit steuerpflichtigem Vermögen von über 2 Millionen Franken. Der Initiativtext sieht Vermögenssteuersätze von 1 Promille für



Wie viel Vermögenssteuern sollen Vermögende im Kanton Schaffhausen bezahlen?

BILD ROBERTA FELE

die ersten 200 000 Franken, 2 Promille für die weiteren 300 000 Franken, 3 Promille für die weiteren 500 000 Franken und für Vermögen über 1 Million Franken 2,3 Promille.

5 Wie sehen die Mehrbelastungen aus?
Die Staatskanzlei führt exemplarisch aus, wie viel mehr bei Annahme der Initiative bezahlt wird. So entsteht für steuerbare Vermögen von 50 000 Franken eine Mehrbelastung von 9.25 Franken. Für Vermögen von 1 Million Franken beträgt die

0,3

Promille beträgt der Zuschlag bei den Vermögenssteuern für Vermögen über 2 Millionen Franken. Dieser Zuschlag soll während fünf Jahren erhoben werden.

Mehrbelastung 901.85 Franken. Wer Vermögenswerte in der Höhe von 20 Millionen Franken besitzt, bezahlt knapp 10 000 Franken mehr Steuern pro Jahr.

6 Wie ist die finanzielle Lage des Kantons?
Der Kanton Schaffhausen hat in den vergangenen sieben Jahren positive Jahresabschlüsse vorgelegt. Erst kürzlich präsentierte die Finanzdirektorin einen satten Überschuss von rund 70 Millionen Franken. Die Kassen sind zudem gefüllt. Der Kanton verfügt über finanzpolitische Re-

sourcen in der Höhe von 240 Millionen Franken. Dieses Geld ist für verschiedene Zwecke reserviert, unter anderem gibt es einen Topf für Geschädigte der Coronapandemie.

7 Wer ist dafür und wieso?
Die Volksinitiative stammt von der ehemaligen Alternativen Liste, SP, Juso, Jungen Grünen und Grünen. Ihre Vertreterinnen und Vertreter haben das Anliegen auch im Kantonsrat unterstützt. Sie argumentieren, dass die Initiative für mehr Gerechtigkeit Sorge. Denn in der Pandemie seien die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Initianten sagten, dass der Kanton Reserven dringend nötig habe, weil sich die Ausgaben im Gesundheitsbereich stark erhöht hätten. Zudem würden grosse Investitionen wie das Polizei- und Sicherheitszentrum und der Umzug der Pädagogischen Hochschule ins Kammgarn-Areal anstehen. Die positiven Abschlüsse seien vor allem auf Ausschüttungen von Nationalbank und Kantonalbank zurückzuführen, die Einnahmen durch natürliche Personen seien derweil zurückgegangen. Das führe längerfristig zu Problemen für den Kanton.

8 Wer ist dagegen und aus welchen Gründen?
Die Gegnerschaft der Initiative besteht aus allen anderen Parteien von Mitte und GLP bis SVP sowie aus mehreren Verbänden wie der Industrie- und Wirtschaftsvereinigung. Die Mehrheit des Kantonsrats hat das Volksanliegen zur Ablehnung empfohlen. Die Gegner argumentieren, dass diese zusätzliche Steuerbelastung unnötig sei. Der Kanton habe eine millionenschwere Reserve für die Folgen der Corona-Krise, die noch nicht angetastet worden ist. Weiter verbietet es das hier geltende Gesetz, die zusätzlichen Steuereinnahmen an einen Zweck zu binden. Es ist also nicht garantiert, dass das Geld für die Existenzsicherung eingesetzt wird. Mit Blick auf die Volksabstimmung vom Februar sagen die Gegner, dass der Volkswillen missachtet werde und dass Schaffhausen im interkantonalen Vergleich noch schlechter dastehen würde als bis anhin.

Waldeigentümerverband investiert in Aktien der Zürich Holz AG

Im August wird der Verband der Waldeigentümer sein 100-Jahr-Jubiläum feiern. An der Hauptversammlung Anfang April wurde aber zuerst ein neues Leitbild verabschiedet und eine Investition beschlossen.

Kay Fehr

HALLAU. Der Verband der Schaffhauser Waldeigentümer (Wald SH) konnte Anfang Monat seine Hauptversammlung zum 100-Jahr-Jubiläum durchführen. Im Hallauer Tuffsteinkeller gab es einiges zu besprechen, so zum Beispiel das neue Leitbild. Der Präsident von Wald SH, Martin Schlatter, stellte dieses den 30 Stimmberechtigten vor. «Das alte Leitbild war aus den 1990er-Jahren und wurde nicht mehr zurate gezogen», begründete Geschäftsführer Markus Fotsch den Entscheid. Das jetzige sei deswegen von Grund auf neu aufgesetzt worden. So wurde festgehalten, dass der Verband die gemeinsamen forstpolitischen Interessen vertreten, die zukunftsgerichtete Waldbewirtschaftung fördern und der zentrale Ansprechpartner für Waldeigentümer sein soll. «In unserer Vision ist nun auch verankert, dass der einheimische Rohstoff Holz mit all seinen Möglichkei-

ten genutzt und verwertet werden kann», sagte Fotsch. Das Leitbild, welches von den Delegierten angenommen wurde, hält des Weiteren die Dienstleistungen, die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung, die Interessenvertretung sowie den offenen und konstruktiven Austausch fest.

Anlass im Jubiläumsjahr

Da Markus Brändli im Mai pensioniert wird, musste ein neues Vorstandsmitglied gewählt werden. Die

«Die Aktien von Zürich Holz warfen bis dato immer eine Dividende von rund 5 Prozent ab.»

Markus Fotsch
Geschäftsführer Wald SH

Wahl fiel auf Urs Buchli, Förster im Forstrevier Südranden. Er wird, wie sein Vorgänger, den jährlichen Weiterbildungskurs des Forstpersonals durchführen. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Waldeigentümerverbands Schaffhausen wurden die Teilnehmenden zudem über die Jubiläumsveranstaltung orientiert, die im Au-

gust in Schleitheim stattfinden wird. Auch ein neues Besoldungsreglement wurde verabschiedet.

Investition in Zürich Holz

Zu reden gab die Abstimmung über den Kauf von Aktien der Zürich Holz AG. Diese kümmert sich um die Vermarktung von Zürcher Waldholzprodukten. Dort wurde, aufgrund geplanter Investitionen, das Aktienkapital um 12 Millionen Franken erhöht. Wald SH hatte als qualifizierter Investor mit vertieftem Fachwissen die Möglichkeit, vom Zeichnungsangebot Gebrauch zu machen. Auch wenn einige Waldeigentümer Vorbehalte hatten, entschied sich die Hauptversammlung dazu, 10 Aktien à 1400 Franken zu kaufen. «Wir haben drei Obligationen mit einem Zinssatz zwischen 0,2 und 0,6 Prozent», sagte Fotsch, «die Aktien von Zürich Holz warfen bis dato immer eine Dividende von rund 5 Prozent ab.» Deswegen sei der Kauf eine sinnvolle Investition, nicht zuletzt auch deshalb, weil zwischen Wald SH und Zürich Holz aufgrund der geografischen Nähe bereits eine Verknüpfung bestehe.

Nach einem Vortrag des Hallauer Archivars Max Weber über die 16 Tischgenossenschaften liessen die Verbandsmitglieder die Versammlung bei einem Apéro ausklingen.

GF-Aktionäre äussern leichten Ärger mit Verwaltungsräten

Die Anträge des Verwaltungsrats von Georg Fischer gingen an der gestrigen Generalversammlung zwar alle deutlich durch. Dennoch zeigt sich eine leichte Unzufriedenheit bei den Aktionären.

SCHAFFHAUSEN. Erneut musste die traditionsreiche Generalversammlung der Georg Fischer AG ohne persönliche Teilnahme der Aktionärinnen und Aktionäre stattfinden. Die Eigner des Schaffhauser Konzerns mit seinen drei Divisionen hatten im Vorfeld die Möglichkeit, ihre Stimmen an einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter zu delegieren. Dieser vertrat an der gestrigen 126. Generalversammlung 77,3 Prozent der im Aktienregister eingetragenen stimmberechtigten Aktien. Das entspricht einer leicht höheren Teilnahme als im letzten Jahr. So viel vorneweg: Die Generalversammlung hat allen Anträgen des Verwaltungsrats zugestimmt.

Eine leichte Ohrfeige für Cadonau

Sämtliche Traktanden wurden mit grossem Mehr genehmigt. Etwa der Jahresbericht und die Wiederverwendung des Bilanzgewinns wurden mit fast 100 Prozent Stimmenanteil durchgewinkt. Weniger hoch war die Zustimmung beim Vergütungsbericht (86 Prozent). Die Aktionärinnen und Aktionäre bestätigten

Yves Serra als Verwaltungsratspräsidenten. Gut 12 Prozent der stimmberechtigten Aktien verwehrten dem ehemaligen und langjährigen CEO des Konzerns aber ihre Stimme. Auch sämtliche bisherigen Verwaltungsräte wurden wiedergewählt. Doch auch hier machte ein kleiner Teil des Aktionariats einem gewissen Unmut Luft. Riet Cadonau erhielt nur 83 Prozent der Stimmen. Der Verwaltungsratspräsident des schweizerisch-deutschen Spezialisten für Schliesstechnik und Zutrittssysteme Dormakaba stand vor Kurzem in der Kritik: Er sei schuld für zu wenig Dynamik und am raschen Abgang seiner Nachfolgerin als Dormakaba-CEO.

Neues Mitglied, neue Dividende

Als neues Mitglied des GF-Verwaltungsrats wurde Ayano Senaha gewählt. Sie ist als Chief Operating Officer und Mitglied des Verwaltungsrats der Recruit Holdings mit Sitz in Tokio tätig. Das Unternehmen gilt als führend in der digitalen Stellenvermittlung. Weiter genehmigte die Generalversammlung die Dividende von 20 Franken je Aktie. Letztes Jahr lag sie bei 15 Franken. Ebenfalls gutgeheissen wurde ein vorgeschlagener Aktiensplit im Verhältnis 1:20. Die gesplitteten Aktien werden voraussichtlich am 28. April zum ersten Mal mit einem neuen Tickersymbol «GF» an der Schweizer Börse gehandelt. (dmu)